

Protokoll

25. öffentliche Sitzung des Ausschusses Schule und Kultur (Kreisschulausschuss) vom 26.01.2026, Berufsbildende Schulen Amtsfreiheit 8, 29439 Lüchow (Wendland)

Tagesordnung:

Vorlage-Nr.

Öffentlicher Teil

- . Eröffnung der gemeinsamen Sitzung mit dem Jugendhilfeausschuss, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung
- 1. Folgen der COVID-19 Pandemie auf die seelische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen - Vortrag durch das Universitätsklinikum Hamburg Eppendorf
- 2. Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner
- 3. Mitteilungen und Anfragen, Kenntnisnahmen
- . Ende der gemeinsamen Sitzung und Beginn der Tagesordnungspunkte des Ausschusses Schule und Kultur
- 4. Genehmigung des Protokolls der 23. Ausschusssitzung vom 29.10.2025
- 5. Genehmigung des Protokolls der 24. Ausschusssitzung vom 19.11.2025
- 6. Mitteilungen und Anfragen, Kenntnisnahmen
- Vergabe - Lieferung eines Klassensatzes PCs, Tastaturen und Mäusen (33x) für 2025/670
- 6.1. den Informatikraum der Jeetzel-Oberschule in Lüchow
- Mitteilung erfolgter Vergabe - Lieferung eines Replikaservers für das 2026/690
- 6.2. Schulzentrum in Dannenberg
- Mitteilung erfolgter Vergabe - Lieferung von fünf Doppelhobelbänke mit Zubehör, 2026/691
- 6.3. für die Berufsbildende Schulen in Lüchow
- Mitteilung erfolgter Vergabe - Lieferung einer Firewall für das Schulzentrum in 2026/688
- 6.4. Dannenberg
- Mitteilung erfolgter Vergabe - Lieferung eines Produktionsservers für das 2026/689
- 6.5. Schulzentrum in Dannenberg
- Anfrage von KTA Herzog (SOLI) im Kreistag Lüchow-Dannenberg vom 08.01.2026: 2026/702
- 6.6. Gibt es in DAN Fälle von Ersatzzwangshaft für Schulabstinenz?

Nicht öffentlicher Teil

- 7. Eröffnung der nicht öffentlichen Sitzung
- 8. Mitteilungen und Anfragen, Kenntnisnahmen

Anwesend:

KTA Bade, Heike
Schülervetreterin allg. Schulen Grocholl, Clara
KTA Haase-Mühlner, Alexander stellv. Vorsitzender
KTA Klepper, Hermann-Dieter
KTA Schulz, Torsten
KTA Schwidder, Norbert Vorsitzender
KTA Wiehler, Julie
KTA Allgayer-Reetze, Patricia
KTA Fathmann, Bernard
beratendes Mitglied Hanke, Herbert
Arbeitgebervertreter Krüger, Frederic
Arbeitnehmervertreter Lüning, Peter
Lehrervertreter BBS Zimmermann, Cyrille-Laurent
Landrätin Schulz, Dagmar
Erster Kreisrat Schermuly, Simon-Daniel
FDL Schulen Olm, Lucas
Wolff, Karen (Protokollführung)

Gäste:

Drawehn-Schule Clenze Baum, Anja
BBS Lüchow Eilts, Stefan
Stellv. Schulleitung Fritz-Reuter-Gymnasium Daumann, Lutz
Regionales Landesamt für Schule und Bildung Lüneburg Daumann, Anke
Regionales Beratungs- und Unterstützungszentrum Inklusive Schule RZI Meyer, Martina
Schülervetreterin Berufsbildende Schulen Krause, Linnea Marie

Regionale Landesamt für Schule u. Bildung Lüneburg Meyer, Martina
Gymnasium Dannenberg Weingarten, Jutta
Wissenschaftliche Mitarbeiterin des UKE Napp, Ann-Kathrin

Es fehlen:

KTA Behning, Kurt
KTA Flöter, Anja
KTA Fricke, Christine
KTA Kretschmer, Sabine
beratendes Mitglied Flügge, Eva-Maria
beratendes Mitglied Voß, Gesine
Lehrervertreterin allg. Schulen Prigge, Sarah
Elternvertreter allg. Schulen Schulz, Bianca
Gymnasium Lüchow Bartholomai, Rainer, Dr.
Regionale Landesamt für Schule u. Bildung Lüneburg Broy, Wolfgang
Bernhard-Varenius Schule Hitzacker Lumpe, Sabrina
Jeetzel-Oberschule Lüchow Sonderhöff, Hilke
Nicolas-Born-Schule Dannenberg Steffen, Miriam
Elbauenschule Gartow Widow, Andreas

Beginn: 15:00 Uhr **Ende:** 16:52 Uhr

Öffentlicher Teil

**Eröffnung der gemeinsamen Sitzung mit dem Jugendhilfeausschuss,
Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit und
der Tagesordnung**

Der **Vorsitzende Gallei** begrüßt die Anwesenden zur gemeinsamen Sitzung des Kreisschulsausschusses und des Jugendhilfeausschusses sowie die Referentin Frau Napp vom Universitätsklinikum Hamburg-Eppendorf. Anschließend heißt er die neue FDL des FD 51, Frau Manuela Kastrup, herzlich willkommen. Die ordnungsgemäße Ladung und Tagesordnung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses wird festgestellt.

Einleitend führt der **Vorsitzende Gallei** aus, dass im Zusammenhang mit der Zunahme psychischer Auffälligkeiten bei Kindern und Jugendlichen immer wieder auch der Einfluss der Coronapandemie thematisiert werde. Es sei wichtig, neben Vermutungen, auf Basis von Forschung gewonnene Erkenntnisse über die Auswirkungen der Coronapandemie zu gewinnen. Diese Erkenntnisse könnten dann in die Jugendhilfeplanung und die Schulplanung und den Schulalltag im Landkreis einfließen. Anschließend übergibt der **Vorsitzende Gallei** das Wort an die Referentin Frau Napp.

**1. Folgen der COVID-19 Pandemie auf die seelische Gesundheit von Kindern
und Jugendlichen - Vortrag durch das Universitätsklinikum Hamburg
Eppendorf**

Frau Napp stellt die Studie und deren wichtigste Ergebnisse vor (siehe Anlage: Vortrag Copsy-Studie).

Schon vor der Pandemie hätte jedes fünfte Kind psychische Auffälligkeiten gezeigt. Während der Pandemie stiegen dann psychische Auffälligkeiten, ängstliche und depressive Symptome deutlich an. Die Belastung der Kinder nahm nach der Coronapandemie zwar wieder deutlich ab, blieb jedoch etwa fünf Prozentpunkte über dem Niveau vor Corona.

Als Risikofaktoren für die Gesundheit von Kindern wurden ein niedriger sozioökonomischer Status und elterliche psychische Probleme ausgemacht, die sich negativ auf das Wohlbefinden und die psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen auswirkten. Betroffen seien aber alle gesellschaftlichen Schichten. Schutzfaktoren, um den Einfluss der Risikofaktoren abzumildern seien ein positives Familienklima, soziale Unterstützung und personale Ressourcen.

Aktuell würden gesellschaftliche Krisen und Kriege den Kindern und Jugendlichen zunehmend Sorgen bereiten und ihre psychische Gesundheit belasten.

Wichtig seien ressourcenorientierte Ansätze zur Förderung der psychischen Gesundheit und für die Stärkung von Schutzfaktoren und Resilienz von Kindern und Jugendlichen. Dafür seien niedrigschwellige, alltagsnahe Angebote für belastete Kinder, Jugendliche und Eltern notwendig. Als Beispiele nennt **Frau Napp** die Frühen Hilfen, Familienhebammen, Familienberatungsstellen oder auch spezifische Angebote für psychisch belastete Eltern. Ebenso wichtig sei die Verbesserung der Versorgung mit psychosozialen Beratungsstellen, Psychotherapeuten und auch die psychiatrische Versorgung. Es müsse ein regelmäßiges Monitoring der psychischen Gesundheit von Kindern und Jugendlichen stattfinden.

Eine besondere Rolle käme dabei den Kitas und Schulen zu. Sie seien wichtige Lern- und Entwicklungsorte im Alltag der Kinder und Jugendlichen und böten geeignete Kontexte für Gesundheitsförderung und Prävention. Wichtig sei die soziale Unterstützung der Kinder. Zudem würden über die Kitas und Schulen fast alle Kinder von den Angeboten erreicht. Notwendig dafür sei der Ausbau von Kitas und Fachkräften, die entsprechend geschult seien sowie die Stärkung von Schulpsycholog:innen und -sozialarbeiter:innen. Es habe bereits vielversprechende Programme gegeben, die Kinder über psychische Belastungen aufgeklärt und im Umgang mit negativen Gefühlen geschult hätten (z.B. „Mental Health Coaches“ oder „Schatzsuche“).

KTA Schwidder bemerkt, dass schon vor der Pandemie ca. 20% der Kinder unter psychischen Auffälligkeiten litten und somit nicht alles der Coronapandemie und den damals erfolgten Maßnahmen zugeschoben werden könne. Für ihn sei wichtig mitzunehmen, dass sich auch hier wieder eine soziale Spaltung zeige und Kinder aus finanziell weniger gut ausgestatteten Familien ungleich stärker gefährdet seien.

LRin Schulz merkt an, dass die ärztliche und psychosoziale Versorgung auf dem Land ein sehr schwieriges Thema sei. Es habe Versuche gegeben, niedrigschwellige Angebote zu realisieren, bisher jedoch ohne Erfolg.

KTA Donat stellt fest, dass es für die Angebote, die eigentlich geschaffen werden müssten, keine finanziellen Mittel gäbe. Im Gegenteil werde gerade an allen Stellen eingespart. Dass jedes fünfte Kind unter psychischen Problemen leide, sei eine Katastrophe, die Kinder seien in Not. Es gäbe derzeit keine guten Ideen, wie man dies ändern könne. Normalerweise müsste ein Sondervermögen bereitgestellt werden, um einzugreifen. Wenn diese Kinder erwachsen seien, würden sie zu einem viel höheren Prozentsatz nicht der Gesellschaft zur Verfügung stehen, hohe Gesundheitsleistungen benötigen und leiden.

LRin Schulz greift das Thema der finanziellen Belastung auf. Die monetären Folgen, wenn diese Menschen verloren gehen, seien enorm. Es müsse eine Debatte geführt werden, was an Geldern aufgewendet werden müsste, um den jungen Menschen zu helfen und Spätfolgen zu vermeiden. Eine Gegenüberstellung der jeweiligen Kosten wäre wichtig.

Frau Drengemann plädiert dafür, die Lage der Kinder und Jugendlichen publik zu machen. Sie erlebe immer wieder, dass schon kleine Kinder 2-3 Kitawechsel hinter sich hätten und auch Schulen die Kinder am liebsten einfach los werden wollten. Man müsse bei der Akzeptanz beginnen, dass diese psychischen Schwierigkeiten nicht nur von Eltern gemacht sind, die ihre Kinder nicht erziehen. Jeder und jede könne dazu beitragen, dass die Kinder sich aufgehoben fühlen.

Der **Vorsitzende Gallei** fragt, ob Frau Napp neben den bereits vorhandenen Hilfen wie die Familienhebammen oder die Frühen Hilfen, weitere konkrete Beispiele für niedrigschwellige Hilfen habe, die sich umsetzen ließen.

Frau Napp nennt aus Hamburg das Beispiel von Stadtteilzentren, die in sozial schwächeren Stadtteilen installiert wurden, auch wenn dies aufgrund der unterschiedlichen Strukturen wahrscheinlich nicht direkt auf den Landkreis übertragen werden könne.

LRin Schulz bemerkt, dass es längst überfällig sei, dass die Ausbildung zum Erzieher oder zur Erzieherin vergütet werde.

Die **Kreisschülersprecherin Clara Grocholl** betont, dass auch die Jugendlichen selbst unterstützt werden müssten. Sie bräuchten Angebote, etwas zu unternehmen und zu sehen und die Möglichkeit, sich innerhalb des Landkreises gut bewegen zu können. Dies würde der Einsamkeit vorbeugen, die entstehen würde, wenn man alleine in seinem Dorf versauere.

Der **Vorsitzende Gallei** erkundigt sich, ob eine Weitergabe der Erkenntnisse an die Gesundheitsministerien erfolge. Alle guten Erkenntnisse würden nicht helfen, wenn sie keine Auswirkungen hätten. Bezüglich der fachärztlichen Versorgung müssten die Verteilungsschlüssel angepasst werden, die Bemessung sei sehr intransparent. Ebenso müsse in Bezug auf den Fachkräftemangel über die hohen Zugangsvoraussetzungen zu Studiengängen gesprochen werden, um Facharzt oder Psychotherapeut zu werden.

Frau Napp berichtet, dass das Psychotherapiestudium reformiert werden solle, in welcher Form sei aber

unklar. Auch Hamburg kämpfe damit, dass viel zu wenig ambulante Therapieplätze bestünden, weil Therapeuten und Therapeutinnen keine Kassenzulassung bekämen. Nach ihrem Wissensstand sei diesbezüglich keine Verbesserung geplant, auch hier gehe es wieder um die hohen Kosten. Was es gäbe, seien digitale Angebote der Krankenkassen, die die Wartezeit auf einen Therapieplatz überbrücken sollten.

Der **Vorsitzende Gallei** stellt zusammenfassend fest, dass es nun gelte, die Erkenntnisse auf die Region zu übertragen. Im Rahmen der Jugendhilfeplanungsgruppe müsse geschaut werden, welche Präventionsmaßnahmen es bereits gäbe, welche es noch brauche und welche ggf. auch zurückgefahren werden könnten.

Er bedankt sich bei Frau Napp für den Vortrag und stimmt Frau Drengemann zu, dass jede und jeder dazu beitragen könne, für das Thema zu sensibilisieren.

Damit wird der gemeinsame Teil des Jugendhilfeausschusses und des Kreisschulausschusses beendet.

Kenntnis genommen

2. Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner

Keine Wortmeldungen

3. Mitteilungen und Anfragen, Kenntnisnahmen

Keine Wortmeldungen

. Ende der gemeinsamen Sitzung und Beginn der Tagesordnungspunkte des Ausschusses Schule und Kultur

KTA Schwidder weist darauf hin, dass Herr Gallei für beide Ausschüsse die Beschlussfähigkeit festgestellt habe, was er für das Protokoll erneut bestätige. Er begrüßt die neue Schülervertreterin im Kreisschulausschuss, Frau Clara Grocholl. Er bestätigt für den Kreisschulausschuss nochmals, dass die ordnungsgemäße Einladung erfolgt sei. Er fragt, ob Änderungswünsche oder Ergänzungswünsche zur Tagesordnung bestünden, und stellt der Form halber fest, dass keine Änderungen vorliegen. Abschließend hebt er hervor, dass jetzt eine Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner folgt, und fragt, ob Fragen aus der Einwohnerschaft gestellt werden. Dies ist nicht der Fall.

4. Genehmigung des Protokolls der 23. Ausschusssitzung vom 29.10.2025

KTA Schwidder fragt, ob zu dem Protokoll vom 29.10.2025 Anmerkungen oder Änderungswünsche bestehen.

KTA Haase-Mühlner erinnert daran, dass er unter Tagesordnungspunkt 5 falsch zitiert sei und den Begriff „Ninja Park“ oder „Ninja Warrior Park“ als positiv bewertet hat, weil dies ein Logo sei und im Kontext des RTL-Hypes für Jugendliche ein fachlicher und verbreiteter Begriff ist.

KTA Schwidder bestätigt, dass ein KTA einer anderen Fraktion den Begriff „Ninja Park“ kritisiert habe.

Landrätin Dagmar Schulz schlägt vor, den zweiten Halbsatz nach dem Komma in der Passage „jedoch den Namen „Ninja Warrior“ als unangemessen kritisiert.“ zu streichen.

KTA Haase-Mühlner stimmt der Vorschlag zu und bedankt sich.

KTA Schwidder fragt, ob weitere Anmerkungen zu dem Protokoll bestünden. Da keine weiteren Äußerungen erfolgen, bittet er um Handzeichen zur Zustimmung. Er registriert zahlreiche Zustimmungen, fragt nach Gegenstimmen und Enthaltungen. Bei zwei Enthaltungen und ohne Gegenstimmen beschlossen.

Abstimmung: Ja: 7 · Nein: 0 · Enthaltungen: 2

5. Genehmigung des Protokolls der 24. Ausschusssitzung vom 19.11.2025

KTA Schwidder weist darauf hin, dass das Protokoll der Sitzung vom 19.11.2025 zur Genehmigung vorgelegt sei. Er fragt, ob Anmerkungen, Ergänzungen oder Änderungswünsche bestehen. Dies ist nicht der Fall. Anschließend bittet er um das Handzeichen für die Zustimmung zum Protokoll. Bei zwei Enthaltungen

und zahlreichen Ja-Stimmen wird das Protokoll ohne Gegenstimmen genehmigt.

Abstimmung: Ja: 7 · Nein: 0 · Enthaltungen: 2

6. Mitteilungen und Anfragen, Kenntnisnahmen

KTA Schwidder leitet zu dem Tagesordnungspunkt „Mitteilungen und Anfragen; Kenntnisnahmen“ über.

6.1. Vergabe - Lieferung eines Klassensatzes PCs, Tastaturen und Mäusen (33x) für den Informatikraum der Jeetzel-Oberschule in Lüchow 2025/670

KTA Schwidder erklärt hierzu, dass schriftlich über die Lieferung eines Klassensatzes von PCs, Tastaturen und Mäusen für den Informatikraum der Jeetzel-Oberschule informiert worden ist.

Frau Bade fragt nach, welche Besonderheiten die Kosten von 1.700 Euro je System rechtfertigten, da im Internet Komplettsätze auch unter 1.000 Euro angeboten werden. **Herr Olm** erklärt, dass er diese Informationen nachreichen muss.

KTA Schwidder erwähnt, dass **Frau Sonderhoff** heute aufgrund von Zeugniskonferenzen abwesend ist, wodurch sie potenziell weitere Informationen hätten liefern können. Weiterhin hat sich **Sabine Kretschmer** für heute entschuldigen lassen.

Landrätin Dagmar Schulz betont, dass Ausschreibungen durchgeführt und dabei Angebote von Firmen eingeholt werden müssen, da eine willkürliche Auswahl aus dem Internet nicht möglich ist. **KTA Donat** weist darauf hin, dass laut Vorlage nur ein Angebot eingegangen ist. **KTA Schwidder** ergänzt, dass in der Fraktion die Frage aufgekommen ist, ob eine Computerraum-Ausstattung noch sinnvoll ist, wofür **Frau Sonderhoff** möglicherweise weitere Erklärungen hätte liefern können.

Kenntnis genommen

6.2. Mitteilung erfolgter Vergabe - Lieferung eines Replikaservers für das Schulzentrum in Dannenberg 2026/690

KTA Schwidder hebt hervor, dass nun TOP 6.2 aufgerufen werde. Er bestätigt, dass es sich um die Lieferung eines Replikaservers für das Schulzentrum in Dannenberg handelt. Er fragt, ob es Anfragen zu diesem Punkt gibt, und stellt fest, dass keine Ergänzungen durch die Verwaltung erfolgten. Nachfragen durch den Ausschuss gibt es nicht.

Kenntnis genommen

6.3. Mitteilung erfolgter Vergabe - Lieferung von fünf Doppelhobelbänke mit Zubehör, für die Berufsbildende Schulen in Lüchow 2026/691

KTA Schwidder betont, dass die Lieferung von fünf Doppelhobelbänken mit Zubehör für die Berufsbildenden Schulen in Lüchow erfolgt ist. Er fragt, ob die Verwaltung ergänzende Stellungnahmen abgeben wolle, und weist darauf hin, dass keine weiteren Nachfragen bestehen. **KTA Schwidder** stellt fest, dass keine zusätzlichen Informationen von Seiten der Verwaltung gegeben werden.

Kenntnis genommen

6.4. Mitteilung erfolgter Vergabe - Lieferung einer Firewall für das Schulzentrum in Dannenberg 2026/688

KTA Schwidder weist darauf hin, dass unter TOP 6.4 die Mitteilung der erfolgten Vergabe zur Lieferung einer Firewall für das Schulzentrum in Dannenberg behandelt wird. Er fragt, ob die Verwaltung Ergänzungen zu diesem Thema vorbringen wolle. Da keine Ergänzungen erfolgen, fragt er weiter, ob Anfragen bestünden. Es liegen keine Anfragen vor.

Kenntnis genommen

| | |
|--|----------|
| 6.5. Mitteilung erfolgter Vergabe - Lieferung eines Produktionsservers für das Schulzentrum in Dannenberg | 2026/689 |
|--|----------|

KTA Schwidder leitet TOP 6.5 ein. Die Vergabe eines Produktionsservers für das Schulzentrum in Dannenberg wird mitgeteilt. Es gibt keine weiteren Mitteilungen der Verwaltung zu diesem Punkt.

Herr Zimmermann erklärt, dass er die Gesamtausgaben für die Infrastruktur in Dannenberg für eine Schulausstattung unverhältnismäßig hoch finde, insbesondere da das Schulzentrum bereits über iServ verfügt mit einem eigenen Backup-Server. Eine Antwort auf die Frage aus der letzten Sitzung sei zwei Wochen später erfolgt und habe keine überzeugende Begründung geliefert. Erneut fragt er nach, warum für das Schulzentrum in Dannenberg gerade so viel Geld in die Hand genommen wird.

KTA Schwidder erklärt, dass die Frage sei, warum die Server-Vergaben in Dannenberg notwendig sind. Dies sei der entscheidende Punkt, der geklärt werden müsse.

Herr Zimmermann erklärt, dass eine detaillierte Auskunft erforderlich ist, da die bisherige Mail-Antwort unzureichend gewesen sei.

Herr Olm antwortet, dass die Argumentation ausschließlich auf Angaben der Schul-IT-Experten, da er selbst keine fachliche Expertise besitze. Die Server-Vergabe für Dannenberg sind aufgrund erheblicher Infrastrukturdefizite dort gerechtfertigt, auch wenn konkrete Details aktuell in der Sitzung nicht näher erläutert werden könnten. Er verspricht, eine schriftliche Stellungnahme in Zusammenarbeit mit Herrn Rohmann anzufertigen.

Frau Daumann weist darauf hin, dass es bei Herrn Zimmermann zu Verwechslungen zwischen der Jeetzel-Oberschule in Lüchow und dem Schulzentrum Dannenberg gekommen ist.

KTA Schwidder befürwortet, neben der schriftlichen Antwort eine Vor-Ort-Diskussion mit Herrn Rohmann und Herrn Zimmermann zu organisieren. Dies sollte in Dannenberg oder im Kreishaus in Lüchow stattfinden, um die spezifischen Bedenken zu klären. Solch ein Gespräch könne zwar für den Schulausschuss thematisch eng fokussiert sein, könnte aber Erkenntnisse liefern, die in einer weiteren Vorlage kommuniziert werden könnten.

Herr Olm bestätigt, dass die Diskussion fortgeführt und der Vorschlag für ein Gespräch umgesetzt werden kann.

Kenntnis genommen

| | |
|---|----------|
| 6.6. Anfrage von KTA Herzog (SOLI) im Kreistag Lüchow-Dannenberg vom 08.01.2026: Gibt es in DAN Fälle von Ersatzzwangshaft für Schulabstinenz? | 2026/702 |
|---|----------|

KTA Schwidder erklärt, dass die Anfrage von Herrn Herzog bereits durch die Verwaltung schriftlich beantwortet worden ist. Zudem fragt er, ob die Verwaltung oder der Ausschuss zu den Themen Schulabstinenz und deren Folgen weitere Ergänzungen, Anfragen oder Anmerkungen vorbringen möchten.

KTA Donat bedankt sich für die bisherige Beantwortung der Anfrage. Er hält fest, dass die Antwort bereits ausreichend ist.

KTA Vorsitzender Schwidder bestätigt, dass keine weiteren schriftlichen Mitteilungen vorliegen.

Kenntnis genommen

| |
|--|
| 6.7 Mitteilungen und Anfragen, Kenntnisnahmen |
|--|

Herr Olm betont, dass der Digitalpakt 2.0 von Bund und Land verabschiedet worden ist und voraussichtlich zur Mitte des Jahres 2026 starten sowie bis 2030 laufen werde. Die Fördermittelsumme betrage insgesamt 5 Milliarden Euro, verteilt auf digitale Infrastruktur und digitale Geräte. Nähere Details seien noch nicht bekannt, jedoch werde eine umfangreiche Vorlage für den nächsten KSA im März vorgelegt. Ziel der Schulverwaltung ist es, Schulzentren, insbesondere in Dannenberg, durch Investitionen in die digitale Infrastruktur weiterzuentwickeln. Intern werden bereits Planungsgespräche mit dem externen IT-Dienstleister und Herrn Rohmann durchgeführt, um einen Fahrplan zu entwickeln. Nach den Vorplanungen sei als der

erste Schritt eine Bedarfsanalyse an den Schulen geplant, um Defizite zu erfassen.

Landrätin Dagmar Schulz fragt nach der aktuellen Ausstattung der Schulen im Zusammenhang mit Homeschooling, insbesondere in Verbindung mit witterungsbedingtem Schulausfall. Sie verweist auf die BBS, die bereits Homeschooling anbiete, und fragt, welche weiteren Schulen dies ebenfalls anbieten würden.

Frau Baum antwortet, dass die grundsätzliche Möglichkeit bei der Drawehn-Schule Clenze besteht, allerdings die Ausstattung von Bedingungen abhängig sei, insbesondere von der zeitlichen Vorlaufzeit des Schulausfalls.

Frau Meyer betont, dass nicht alle Schüler über die notwendige Ausstattung verfügten, um zu Hause zu arbeiten, und dass technische Probleme oder fehlende Erreichbarkeit bestünden.

Herr Daumann beschreibt die Herausforderungen bei Videokonferenzen, insbesondere im Zusammenhang mit der Auslastung der Netzwerke, und mahnt, dass die aktuelle Infrastruktur an ihre Grenzen stoße.

Herr Zimmermann ergänzt, dass Videokonferenzen per iServ nicht auf den Netzwerken des Landkreises laufe, sondern über externe Server der Dienstleister. Die Grenzen werden nicht durch die Ausstattung der Schulen, sondern durch die Serverleistung von z.B. iServ gesetzt.

KTA Schwidder berichtet, dass in seiner Verwaltung Besprechungen per Skype durchgeführt werden, um technische Engpässe zu umgehen. Er schlägt eine systematische Zusammenarbeit mit der IT-Abteilung vor, um Defizite zu erfassen. Dies sollte bei der Bedarfsanalyse zum Digitalpakt 2.0 Berücksichtigung finden.

Frau Daumann betont die rechtliche Unterscheidung zwischen Distanzlernen und digitalen Angeboten, wobei aktuell nur bestimmte Schulen wie die Berufsbildenden Schulen Distanzlernen anbieten dürfen. Die anderen Schulen sind rechtlich aktuell nicht verpflichtet, Distanzunterricht anzubieten. Das Angebot kann allerdings freiwillig durch die Schulen umgesetzt werden. Vielen Dank dafür.

Herr Olm informiert weiterhin darüber, dass im Nachgang zu der Veröffentlichung von den Ergebnissen der Juniorenwahlen zur Bundestagswahl 2025 an den kreiseigenen Schulen von einigen Abgeordneten der Wunsch geäußert worden ist, dass diese Ergebnisse zusammen mit den Schulen und mit einem Input von der Landesschulbehörde besprochen werden sollen. Herr Olm erklärte, mit einem Kollegen von der Landesschulbehörde in Abstimmung zu sein.

Herr Olm informiert über den Stand des Förderprogramms „Sanierung kommunaler Sportstätten“, bei dem drei Projekte angemeldet sind (Alte Gymnasium in Lüchow, Weitsprunganlage in Dannenberg, Ninja Park). Die Ergebnisse sind voraussichtlich Ende Februar/Anfang März bekannt. Die Planungen hierzu laufen parallel weiter. Für die alte Gymnasiumhalle findet in den nächsten Tagen ein Gespräch zwischen Verwaltungsleitung, Schulverwaltung und Vorstand des SC Lüchow statt, um die Planungen für das Gesamtprojekt zu besprechen. Anschließend wird das Ergebnis des Gesprächs im Kreisschulausschuss präsentiert und Herr Haacke zur Diskussion eingeladen. Anschließend soll eine Beschlussempfehlung abgegeben werden. Der Ninja Park befindet sich aktuell in einer Abstimmung mit Herrn Werner bezüglich der einzelnen Module. Anschließend werde mit Frau Sellmann vom Mobilien Dienst noch über Inklusionsaspekten gesprochen. Anschließend wird das Ergebnis ebenfalls im Kreisschulausschuss präsentiert werden.

KTA Haase-Mühlner begrüßt die Fortsetzung der Projekte und betont hinsichtlich der Gesamtlösung inklusive Vereinsheim, dass den Beteiligten des SC Lüchow klar sein muss, dass der aktuelle Kreistag, der Idee des Gesamtprojektes wohlgesonnen ist. Es gilt, dieses Tempo zu halten, was angesichts des Termins in der nächsten Woche gegeben ist.

Herr Olm berichtet über den Sachstand des Startchancenprogramms, bei dem die Brandschutzbegehung durch den Brandschutzprüfer Herrn Arndt an der BBS abgeschlossen sei. Die Lehrenden des Holzzentrums arbeiten an einem Flurkonzept, für das aktuell Angebote von Möbeln eingeholt werden. Bei der Schaffung einer Lernumgebung im Kubus-Bereich ist eine Baugenehmigung erforderlich, was die Beschaffung der Möbel verzögert. Für die Bernhard-Varenius-Schule ist ein Gespräch am 12.02. geplant, um die Planungen des Erweiterungsbaus zu konkretisieren.

Herr Olm erklärt betreffend des Schulhofes der NBS und der Ameisenproblematik, dass am 06.02. ein Abstimmungsgespräch zwischen Schule, Schulverwaltung und Herrn Schwidder stattfinden wird, wobei seitens des Gebäudemanagements 30.000 Euro für dieses Jahr eingeplant sind. Zudem ist eine Förderrichtlinie zum Klimaschutz in Kommunen bekannt, die bis zu 50 Prozent Förderung ermöglichen könnte, deren Einhaltung am 06.02. auch besprochen werden muss.

Herr Olm erwähnt, dass bei den zweiwöchentlichen Gesprächen zum Neubau der NBS heute seitens des Architekten festgestellt wurde, dass die Fläche zwischen dem FRG und Mensa-Gebäude zur Vorbereitung des Neubaus aufgebrochen werden muss. Hierzu müssen acht bis zehn kleine und große Bäume entfernt werden. Eine Umsiedelung der kleinen Bäume wird geprüft. Bei größeren Bäumen wird voraussichtlich nur eine Fällung in Frage kommen, da eine Umsiedelung im Kosten-Nutzen-Verhältnis nicht sinnvoll sei.

Herr Daumann fragt nach der Planung der Umbauten der Tischtennisplatten und Abrissarbeiten. Herr Olm teilt mit, dass das Gebäudemanagement und der Architekt eine Vorentwurfsplanung erstellen werden, die in der übernächsten Sitzung der Arbeitsgruppe vorgestellt werden sollen.

KTA Haase-Mühlner erwähnt den Beachvolleyballplatz aus 2005 im Schulzentrum Lüchow, dessen Zaun in der Anschaffung sehr teuer gewesen ist und daher unbedingt wiederverwertet werden sollte. Der Platz wird durch die Schulen nicht mehr benutzt.

KTA Vorsitzender Schwidder teilt mit, dass im Februar/März ein Gespräch zur Nachnutzung des Gebäudes der Nicolaus-Born-Schule stattfinden soll. Er weist auf die Baumfällarbeiten hin, die im Februar notwendig sind, um den Neubau rechtzeitig zu realisieren.

Herr Daumann fragt nach, welche Bäume von diesem Entfernen betroffen sind. **Herr Olm** erklärt, dass einige große Bäume im neuen Schulhofbereich bleiben würden. Herr Olm bestätigt, dass der große Baum erhalten bleibt, sowie drei bis vier Bäume am Rand des Mensa-Gebäudes. Bei kleineren Bäumen wird seitens des Gebäudemanagements geprüft, ob eine Umsiedelung sinnvoll ist.

KTA Vorsitzender Schwidder stellt fest, dass keine weiteren Anfragen aus dem Ausschuss bestehen, und schließt die Sitzung mit einem Dank.

Swidder

Vorsitzender

Wolff

Protokollführung